

Gerichtsverhandlung am 4. November 2013 vor dem Amtsgericht Stuttgart
Einlassung - Andrea Schmidt

Gericht, alle hier im Saal Anwesenden,

Welch unnützes und aufgezwungenes Großprojekt Stuttgart 21 ist, ist hinlänglich bekannt. Es ist ein Großprojekt, das nur zum Ziel hat, öffentliche Gelder in wenige private Taschen umzuverteilen. Aber es werden Experten, Fachleute, Schlichtung, Stresstest und Volksabstimmung organisiert, die den Bürgerinnen und Bürgern dieses Projekt als Geschenk verkaufen sollen, ein weisser Elefant. Es wird versucht ein Immobilien- und Bankenprojekt als Bahnprojekt zu verkaufen.

Es ist ein Projekt, das für Stadt- und Kulturzerstörung steht. Und am Protest gegen Stuttgart 21 ist erkennbar, dass viele Menschen dieses nicht mehr hinnehmen. Sie nehmen sich ihr Recht auf Stadt, das auf der Straße liegt, das an den Bäumen hängt und sich unter Pflastersteinen versteckt. Ihr Recht auf Mitmacht statt Ohnmacht. Sie wehren sich gegen eine politische Klasse, die sich ein Recht nimmt, das ihr die Verfassung nicht gibt.

Und was hier in Stuttgart ungeheuerliches geschieht, ist kein Einzelfall, es geschieht bundesweit, in ganz Europa und weltweit. Es hat System. Unnütze Großprojekte werden geplant, um öffentliche Gelder in private Taschen weniger zu verteilen. Für die Bevölkerung haben sie keinen Nutzen, Folgen sind Zerstörung und Rückbau. Konzernen und Banken garantieren sie ihren Profit, widersprechen dem Gemeinwohl. Unnütze Großprojekte werden mit betrügerischen Methoden, brutalen Polizeieinsätzen und Repression gegen GegnerInnen durchgesetzt.

In Notre-Dame-des-Landes in Frankreich wird momentan versucht, die Gegnerinnen und Gegner des geplanten Großflughafens mit einem Runden Tisch zu beschwichtigen. Doch auch durch die Erfahrungen, die wir hier in Stuttgart mit dem Schlichtungsverfahren gemacht haben, werden sie nicht in diese Falle tappen.

Schlichtungs- und Mediationsverfahren sind ein Instrument zur Herrschaftssicherung und haben nichts mit Mitbestimmung und Bürgerbeteiligung zu tun.

Im Val di Susa in Italien werden Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen von Telefonen und Computer durchgeführt mit dem

Tatvorwurf „Attentat mit terroristischer Zielsetzung“. Diese Repressionen sind ein Angriff auf die Demokratie.

In Rumänien gehen seit Wochen tausende von Menschen auf die Straße und besetzen Plätze. Sie wehren sich gegen den geplanten Goldtageabbau in Rosia Montana. Goldabbau mit Zyanid, der die Lebensgrundlage der Bevölkerung zerstört.

Profiteur ist ein global agierender Konzern mit Sitz in Kanada, der Arbeitsplätze und wirtschaftlichen Aufschwung für das Land verspricht. Die rumänische Regierung hat versucht diesen Goldtagebau, die Zerstörung der Lebensgrundlagen durch einen Gesetzesentwurf zu legitimieren.

Am 12. März 2012 gingen Aktivistinnen und Aktivisten auf das Dach des zum Teil schon abgerissenen Südflügels des Stuttgarter Bahnhofs. Sie erwirkten einen Baustopp. Sie brachten ein Banner mit folgender Aufschrift „Alles zerstört, nichts gewonnen: Total versagt Ramsauer & Co.!“ an der Fassade an. Damit wurden die veröffentlichten Beweise für den Betrug der Deutschen Bahn AG auf Wikireal unterstrichen.

Mit dieser Aktion wurde auf das Unrecht, das bei dem Projekt Stuttgart 21 geschieht, hingewiesen. Es war eine Aktion des Zivilen Ungehorsams. Basierend auf der Annahme, dass die rechtmäßige Regierungsgewalt immer unvollständig ist: um nämlich unbedingt gerecht zu sein, muss sie die Vollmacht und Zustimmung der Regierten haben. Ungerechte Gesetze und Handlungen müssen von Bürgerinnen und Bürgern, die sich einem höheren Gesetz als der Verfassung oder dem der Mehrheit verpflichtet fühlen, auf ihre Legitimität überprüft werden.

Um von Zivilem Ungehorsam sprechen zu können, müssen folgende Merkmale erfüllt sein:

Es muss eine Unrechtssituation geben.

Ein Mensch, der Zivilen Ungehorsam ausübt, muss ein Gewissen haben.

Ein Mensch, der Zivilen Ungehorsam ausübt, muss ein natürliches Recht auf Partizipation für sich in Anspruch nehmen.

Ein Mensch, der Zivilen Ungehorsam ausübt, muss um seine Fehlbarkeit wissen.

All diese Merkmale sind bei der Aktion am 12. März 2012 und den Menschen, die auf das Dach des Südflügels gingen, erfüllt.

Deshalb zum Schluss meine Bitte ans Gericht diese Gerichtsverhandlung als einen politischen Prozess zu respektieren und Zivilen Ungehorsam als Element einer reifen politischen Kultur zu achten.